

## SOLL BERLIN HÖHERE SCHULDEN MACHEN, UM NEUE STEUERAUSFÄLLE AUSZUGLEICHEN?

Drei Viertel aller Deutschen haben Angst davor, dass die Staatschulden nicht mehr zu bewältigen sind. SPD und Linkspartei sollten aufhören, sich vor diesem großen Thema zu drücken.

Aus heutiger Sicht muss das Berliner Haushaldsdefizit 2011 um mindestens **150 Millionen Euro** geringer ausfallen als 2010, wenn Berlin die Konsolidierungshilfe von Bund und Landern behalten will. Die Grünen erwarten, dass nach der Sommerpause ein Nachtragshaushalt für 2011 vorgelegt wird, der diesen Konsolidierungspfad einhält. Wer jetzt nicht anfängt zu sparen, wird am Ende fremdbestimmt.

## WIE KÖNNTE NOCH EINGESPART WERDEN?

### WO KÖNNTE NOCH EINGESPART WERDEN?

Auf Berlin kommen Steuerausfälle in dreistelliger Millionenhöhe zu. Die gleicht man nicht aus, indem man sich hier und da ein Stückchen Speck aus den Rippen schneidet. Berlin hat in den vergangenen Jahren bereits mehr **gespart und umstrukturiert** als andere Bundesländer. Diese Erfolge hat die Weltwirtschaftskrise und eine falsche Politik der Bundesregierung über den Haufen geworfen. Unsere Schulden, auch neue, machen uns keinen Spaß. Aber die Frage bleibt doch: Wie viel Geld müssen wir ausgeben, damit die Leistungen erbracht werden, die für Berlin grundlegend und wichtig sind.

Eine Schuldentlastung klingt gut, aber so, wie sie beschlossen wurde, funktioniert sie nicht. Klüger ist eine verantwortungsvolle Konsolidierungs politik: Nicht das Geld zum Fenster herauswerfen, aber auch nicht der Krise hinterher sparen. **Neue Kredite** sind unverzichtbar.

Die Schuldentlastung gilt auch für Berlin. Zwar fiel die damit verbundene Konsolidierungshilfe spärlich aus, doch gibt es **keine Alternative** zum Abbau des Haushaltsdefizits. Das setzt voraus, dass uns der Bund nicht durch seine verfehlte Steuerpolitik die Ein nahmen verhagelt.

Es gibt keine großen Ausgabenblöcke mehr, die als Ganzes weggespart werden können. Seit 2001 wird der Berliner Haushalt mit erheblichen Anstrengungen und außerordentlichem Erfolg konsolidiert. Jetzt geht es noch um „kleine“ Maßnahmen, die eine große Summe ergeben müssen. Überall muss mit weniger Geld mehr Leistung erbracht werden. Dabei muss sich Berlin dem Vergleich mit anderen Groß städten stellen. Wir dürfen politische Schwerpunkte – vor allem die Bildungs politik von der Kita bis zur Hochschule – nicht durch pauschale Sparmaßnah men konterkarieren. Aber wenn wir solche Prioritäten setzen, sind eben alle anderen Bereiche nachrangig. Wir müssen dabei in konkreten Ausgaben denken, nicht in formalen Kategorien. Eine Baumaßnahme (Investition) ist nicht grundsätzlich wichtiger als laufende Kosten für Kinderbetreuung (konsumtive Ausgabe).

## SOLLTE DER SENAT DIE STEUERN ERHÖHEN?

Rot-Rot hat von 2001 bis zur nächsten Abgeordnetenhauswahl einen zusätzlichen Schuldenberg von 25 Milliarden Euro zu verantworten. Eine noch höhere Verschuldung halte ich für falsch. Bisher hat sich Rot-Rot den Realitäten verweigert und unterstellt, dass die öffentlichen Einnahmen dauerhaft in den Himmel wachsen. Wenn Finanzsektor Nußbaum ernst genommen werden will, muss er mit der nächsten Finanzplanung bis 2014 eine **Kurskorrektur** vornehmen und die Ausgaben reduzieren. Für 2010/11 haben SPD und Linke die Ausgaben noch um über 800 Millionen Euro erhöht.

Selbstverständlich gilt auch für Berlin die im Grundgesetz verankerte Schuldentlastung. Die Erfahrung zeigt, dass viele Politiker dazu neigen, keine unbedeu tenden Entscheidungen zu treffen, sondern in höhere Schulden zu fliehen und die Lasten in die Zukunft zu verschieben.

In der **Verwaltung** sind deutliche Kürzungen ohne Leistungseinbußen für die Bürger möglich. Es gibt zu viele Häftlinge und zu wenige Indianer und zu hohe Krankenkämme. Die Kosten im Sozialbereich sind mit 4,7 Milliarden Euro fast ebenso hoch wie bei der Bildung und Wissenschaft. Es kann beim öffentlichen Beschäftigungssektor, den Programm zur sozialen Stadtentwicklung, dem Quartiersmanagement und den Kosten zur Zukunft ein dreistelliger Millionsbetrag eingespart werden. Die Diskussion um die Treiberhilfe hat gezeigt, dass es einer genauen **Kontrolle** und **Transparenz** im Umgang mit staatlichen Zuwendungen bedarf. Bei Bildung und Sicherheit darf es keine Leistungskürzungen geben. In der Investitions politik muss die Infrastruktur erhalten und verbessert werden, anstatt Prestige projekte – Landeszentralbibliothek oder Kunsthalle – anzuschließen.

In Krisenzeiten etwa die Gewerbe oder Grundsteuer zu erhöhen, schadet der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins. Es braucht eine gerechte Steuerpolitik des Bundes. Die Senkung des Hotelierie-Steuersatzes muss **rückgängig gemacht** werden. Auch ein Spitzesteuersatz wie zu Kohls Zeiten brächte wichtige Einnahmen. Außerdem fordert die Linke, Milliarden schaften zu besteuern. Eine Finanz transaktionssteuer würde Milliarden einnahmen bringen. Eine höhere Mehrwertsteuer ist grundsätzlich falsch.

Weitere Steuerausfälle werden den Berliner Haushalt dauerhaft treffen. Aber aus zwei Gründen können wir keine zusätzliche Neuverschuldung akzeptieren: Einseitig sind wir durch die **Schuldenbremse** verpflichtet, ab 2020 auf zusätzliche Kredite zu verzichten. Das kann nur durch einen kontinuierlichen Abbau des Defizits geschehen. Zum anderen müssten wir für zusätzliche Schulden dauerhaft **höhere Zinsen** zahlen. Aber steigende Zinslasten zerstören die Struktur der Berliner Finanzen nachhaltig. Dieses Risiko lässt sich nur dadurch verringern, dass wir weniger Schulden aufnehmen.

Seit dem 3. Oktober 1990 gilt in Berlin das Grundgesetz. Darauf sind fast alle Berliner froh. Auch mit der Schuldentlastung sollten wir **ganz zufrieden** sein. Sie gibt uns zehn Jahre Zeit, die aktuell 2,7 Milliarden Euro Neuerschuldung schrittweise zurückzuführen.

Berlin hat bereits jetzt im Ländervergleich mit die höchsten Landes- und Kommunalsteuersätze. Kurzfristige Steuererhöhungen würden daher mittelfristig zu niedrigeren Steuereinnahmen führen, weil sich die Wirtschaftsakteure weiter aus Berlin zurückziehen würden. Die Einnahmenseite Berlins ließe sich vielmehr durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Prospektät, der Bekämpfung der **Schwarzarbeit** und beispielweise der Einführung eines zentralen Forderungsmanagements verbessern.